

Existenzen sichern

Gesetzlicher Mindestlohn und bessere Grundsicherung

Millionen von Menschen, die mit unzureichenden Lohneinkommen leben, und Millionen von Menschen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, haben ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen und ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Ein Recht auf anständigen Umgang mit ihren Sorgen und Nöten, ein Recht auf sachlichen Umgang mit gesamtgesellschaftlichen Phänomenen und Problemen.

Willkürliche Annahmen und populistische Diffamierungskampagnen bringen weder zusätzlichen Arbeitsplätze, noch bessere Arbeitsbedingungen, noch höheren Löhne und auch keinen besseren sozialen Schutz. Im Gegenteil: der unwürdige Umgang mit den Betroffenen und der unsachliche Umgang mit den Problemen ist gleichermaßen ein ethisches wie ein materielles Problem.

Die Existenzsicherung für Millionen von Menschen in Zeiten anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und fehlender Arbeitsplätze, in Zeiten von um sich greifenden Niedriglöhnen und schwierigen Tarifeinwanderungen stellt die Gewerkschaften und die Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Nicht zum ersten Mal werfen Umbrüche in der Wirtschaft für Gewerkschaften wie für Gesellschaften gravierende Probleme auf. War es z.B. vor 80 Jahren das Fließband in der Industrie, so ist es heute die Elektronische Datenverarbeitung im Dienstleistungsgewerbe, die zu Arbeitslosigkeit und Verarmung einerseits und hohen Unternehmensgewinnen andererseits führen. War es vor 75 Jahren ein internationales Finanzsystem ohne internationales Korrektiv, so sind es heute die Eigendynamiken virtueller Finanzwelten, die ihre Spuren bei Einkommen und Beschäftigung hinterlassen.

Hochentwickelte Volkswirtschaften haben für diese neuen Herausforderungen neue Instrumente entwickelt, um die Existenz aller Bevölkerungsschichten, die zu den Benachteiligten der ökonomischen Entwicklungen gehören, und die Stabilität ihrer Länder zu sichern. Vor rund 10 Jahren war es das oft als neoliberal bezeichnete Großbritannien, das den gesetzlichen Mindestlohn in einem mehrjährigen Prozess einführte. Deutschland ist mittlerweile international weitgehend isoliert. Wir stehen immer noch vor Blockaden konservativ-liberaler Unternehmensvereinigungen. Doch auch bei uns stehen die politischen Parteien in der Verantwortung, endlich das zu tun, was die USA bereits vor 70 Jahren und andere zivilisierte West- wie Osteuropäische Staaten in den letzten Jahrzehnten einer nach dem anderen schon längst getan haben: den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen!

Schon heute gibt es fast 1 Millionen Beschäftigte, deren Lohneinkommen so niedrig sind, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II benötigen. Darüber hinaus gibt es Hunderttausende, die Alg II beantragen könnten, dies aber aus den verschiedensten Gründen nicht tun.

Die Subventionierung von Niedriglöhnen und geringfügigen Einkommen (wie z.B. bei den Mini-Jobs) sind kein Ausweg aus der Beschäftigungskrise. Vielmehr führen sie tiefer in die Misere.

Flächendeckende Kombilöhne sind kein Ausweg aus der Einkommensmisere. Zwar können sie in begrenzten Einzelfällen und zeitlich befristet (als

Eingliederungszuschüsse gezielt eingesetzt) sinnvoll sein. Grundsätzlich jedoch lösen sie Verdrängungsdynamiken am Arbeitsmarkt aus, an deren Ende der durch Subventionen abgesenkte Lohn auch mittlere Einkommen nach unten in die Armut zwingt und die Haushalte der *Öffentlichen Hand* mehr und mehr in Anspruch nimmt.

Was wir benötigen, sind vielmehr tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne, die zunächst wenigstens eine alleinstehende Person vom Alg II weitgehend unabhängig machen.

Mit 7,50 € in der Stunde soll der Einstieg gesetzt werden. Mittelfristig müssen wir ein Niveau von 9 € erreichen, damit von einem Vollzeitlohn zumindest ein Erwachsener und ein Kind (mit ergänzendem Kindergeld) ernährt werden können.

Es ist keine Alternative mit einem Mindestlohn von 4,50 € einzusteigen, um den jetzigen Sozialhilfesatz knapp zu erreichen. Erst recht ist es keine Alternative, den Regelsatz beim Alg II zu senken, wie es nach Vorarbeiten des IFO-Instituts aus München nun auch der Sachverständigenrat beim Wirtschaftsministerium vorschlägt.

Der Regelsatz ist heute schon viel zu gering angesetzt. Es wird nicht einfach sein, weitere Erhöhungen schnell umzusetzen. Wir stehen vor einer Aufgabe, die mit der Aufstellung einer Forderung noch lange nicht gelöst ist; einer Aufgabe, der wir uns mit langem Atem widmen müssen.

Wichtig ist: 345 € sind zu wenig, hier kann nicht gesenkt und nicht gespart werden! Es muss vielmehr deutlich um 20 %, wie Sozialexperten errechnet haben, erhöht werden! Und um einen existenzsichernden gesetzlichen Mindeststundenlohn von 7,50 € kommen wir auch in Deutschland nicht herum!

Zur Bekämpfung der Verarmung brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn, Lohnerhöhungen und ein besseres Alg II gleichermaßen. Beide Fragen können nicht von einander getrennt werden. Erwerbslose wie Erwerbstätige arbeiten hier in einem schwierigen Umfeld an einer gemeinsamen Baustelle.